

# Evangelische Verantwortung

Herausgeber: Gerhard Schröder - Werner Dollinger - Wilhelm Hahn  
Gerhard Stoltenberg - Walter Strauß

## PERSPEKTIVEN UNSERER POLITIK

Gerhard Schröder  
Vorsitzender des Evangelischen  
Arbeitskreises der CDU/CSU

Die Entscheidungen, die wir heute und jetzt treffen, sind Bausteine unserer Zukunft. Wir müssen daher vorausschaubare Entwicklungen der Zukunft in unsere heutigen Entscheidungen einbeziehen. Bevölkerungswachstum, Produktionszahlen und andere in Zahlen erfaßbare Faktoren werden in die Zukunft projiziert. Aber es bleibt breiter Raum für das, was nicht analytisch und rechnerisch erfaßt werden kann. Politische Entwicklungen, Entscheidungen, Ereignisse treten hinzu, die nur in der Zukunft selbst jeweils bewältigt werden können. Deshalb stehen wir allen programmatischen Erklärungen, allen "Ideologien" mit nüchterner Zurückhaltung gegenüber. Wir berücksichtigen vor allem die tatsächlichen und die moralischen Grundlagen, auf denen wir stehen. Wir haben immer von neuem zu prüfen, ob sie solide und fest genug sind, um den Entwicklungen und allen möglichen Stürmen der Zukunft standzuhalten.

Am Vorabend der Bundestagswahlen 1969 blicken wir prüfend auch auf die vergangenen vier Jahre zurück. Entwicklungen haben sich vollzogen, die unsere Politik beeinflusst haben, und die man nicht hatte voraussagen können. In Frankreich sind einschneidende politische Veränderungen eingetreten. In den Vereinigten Staaten ist ein Republikaner, Nixon, zum Präsidenten gewählt worden. Die CSSR wurde das Opfer gewaltsamer sowjetischer Intervention. Der chinesisch-sowjetische Konflikt hat neue Höhepunkte gebracht. Der Mond wurde vom Menschen erreicht. Diese und andere Ereignisse, wie das Aufbegehren der Jugend in vielen modernen Industriegesellschaften, beschäftigten die Öffentlichkeit und beeinflussten Parlament und Regierung.

Nr. 9                      20. September 1969

### AUS DEM INHALT

Perspektiven unserer Politik	1
Zur Gefahr des Radikalismus von links und rechts Kai Uwe von Hassel	4
Evangelische Bewährung in der Demokratie Wilhelm Hahn	6
Unsere Verantwortung für die ältere Generation Friedrich Vogel	8
Christlich-demokratische Verantwortung für Gesellschaft und Wirtschaft Gerhard Stoltenberg	10
Technische Kommunikation für die Gemeinschaft der Völker Werner Dollinger	13



Der ständige Wechsel auf der Szenerie läßt uns erkennen, wie wenig es möglich ist, nach festen Schemata die politischen Aufgaben zu bewältigen, vor die wir gestellt sind, und wie entscheidend es auf die moralischen Kräfte unseres Landes, auf die politische Handlungsfähigkeit unserer Regierung und der sie tragenden Kräfte ankommt, unser politisches Gemeinwesen durch die Führnisse einer unruhigen Zeit zu steuern. Die Christlich-Demokratische Union hat in vielen spannungs- und problemgeladenen Phasen unserer Nachkriegsentwicklung ihre Entschlossenheit, ihre Standfestigkeit und ihre Handlungsfähigkeit bewiesen. Mit ihr können wir vertrauensvoll in die 70er Jahre gehen.

Die Politik der Christlich-Demokratischen Union war und ist darauf gerichtet, einen nach allen Seiten vertrauenswürdigen deutschen Staat zu schaffen und in die Zukunft hinein weiter zu entwickeln. Heute haben wir in Deutschland ein solides demokratisches Staatswesen, auf das die Menschen diesseits und jenseits der Grenze ihr Vertrauen richten konnten und können. Wir lenken den Blick auf die Zukunft und prüfen mit dem guten Augenmaß der Erfahrung, ob wir für künftige Entwicklungen gewappnet sind und welche Probleme wir bewältigen müssen, um die äußere und innere Sicherheit, die wir geschaffen haben, auch in Zukunft zu erhalten.

- Die wichtigste Aufgabe der Regierung ist es, alles Erforderliche zu tun, um den Frieden und die Sicherheit unseres Landes gegenüber äußerer Gefahr und Bedrohung zu gewährleisten. Dies kann nur mit einer illusionslosen, klaren Außen- und Verteidigungspolitik geschehen. Das erwartet der Bürger in allererster Linie von seiner Regierung. Diese Erwartung muß von uns erfüllt werden.
- Die Regierung muß darüber hinaus an die Bewältigung der ungelösten internationalen Probleme, in die wir gestellt sind, mit einer konstruktiven Politik herangehen. Vor der Geschichte würden wir nicht bestehen können, wenn wir die Teilung unseres Landes sanktionierten. Wir müssen sie auf friedlichem Wege überwinden - im Interesse des Friedens, im Interesse Europas, im Interesse der Menschen diesseits und jenseits der Trennungslinie.

Wir müssen die europäische Einigung aus der Stagnationsphase, in der sie sich befindet, herausbringen und mit Umsicht und Entschlossenheit den Beitritt Großbritanniens und anderer Nationen zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ermöglichen.

Wir müssen mitwirken an der Überwindung der Ost/West-Spannung. Eine solche konstruktive Politik wird nur glaubwürdig sein, wenn sie in ihren Aussagen und in ihren Manifestationen klar, überschaubar und illusionslos, nüchtern und wirklichkeitsnah ist.

Was meine ich damit:

Ich meine, daß es vor allem darauf ankommt, systematisch und zielstrebig die Verständigung anzustreben, und daß es illusionär wäre, wenn man glaubte, daß man diese Verständigung durch einseitige Vorleistungen erreichen könnte. An Vorleistungen werden meist Erwartungen geknüpft, die nicht erfüllt werden. Fortschritte in der richtigen Richtung müssen mühsam erarbeitet wer-



den. Sie sind oft nur zu erreichen, wenn sich die Interessen anderer beteiligter Mächte gewandelt haben. Um in diesen vielleicht langfristigen Entwicklungen bestehen zu können, müssen wir in den wichtigsten Fragen auf festem Grund und Boden stehen. Das ist einmal das Bündnis mit den freien Völkern des Westens. Das ist zum anderen die europäische Einigung. Und das ist zum dritten eine solide Deutschlandpolitik.

- Von entscheidender Bedeutung wird es für uns sein, die technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen richtig zu erfassen und unsere Kräfte darauf zu konzentrieren, daß unsere moderne Industriegesellschaft auf der Höhe der Zeit bleibt. Dazu gehört eine funktionierende staatliche Organisation. Dazu gehören politische Kräfte, die sich mit diesem Staat, so wie er unter den gegebenen Bedingungen gewachsen ist, identifizieren und für ihn eintreten.

Wir müssen die sektiererischen politischen Kräfte, die sich hier und da bilden, verarbeiten und verkräften. Zum anderen gilt es, die persönliche Initiative des einzelnen zu fördern und seinen Willen zur wirtschaftlichen Entfaltung zu kräftigen. Es ist irrig anzunehmen, daß die Regierung wie ein Konzertmeister den Gesamtorganismus unserer Wirtschaft, der Industrie und der Technik dirigieren könnte. Dazu sind nach unserer Auffassung die staatlichen Organe nicht berufen. Ihre Aufgabe ist es, die gesetzlichen und andere Maßnahmen zu schaffen, um die Entfaltung des einzelnen zu ermöglichen. Mit diesen Kräften haben wir die Ruinen in unserem Land beseitigt; diese Kräfte werden auch an die Bewältigung der Aufgaben in den 70er Jahren herangehen.

- Wir wissen heute, daß unser Bildungs-, Erziehungs- und Ausbildungswesen den Erfordernissen der Zukunft so noch nicht gewachsen ist. Mit aller Kraft müssen wir uns auf die Bewältigung der hier berührten Fragen konzentrieren. Es ist ernsthaft zu prüfen, ob wir nicht auch auf diesen Gebieten neben die Einrichtungen, die mit staatlichen Mitteln gefördert werden, private Institutionen stellen sollten, um einen anspruchsvollen Wettbewerb zu schaffen.

#### WAHLNIEDERLAGE DER NPD

In der neuen Großgemeinde Ronnenberg (16.000 Einwohner) am Stadtrand Hannovers hat am Sonntag eine Gemeindenachwahl stattgefunden. Ronnenberg ist der Wohnort des NPD-Vorsitzenden von Thadden. Die SPD blieb erwartungsgemäß die stärkste Partei, mußte jedoch gegenüber dem Vorjahr leichte Stimmenverluste hinnehmen. Auch die FDP hat einen Stimmenrückgang zu verzeichnen. Die CDU konnte dagegen ihren Stimmenanteil verbessern. Die NPD schließlich errang mit 3,5 Prozent der Stimmen kein Mandat im Gemeinderat mehr und verlor im Vergleich zum Vorjahr mehr als 10 Prozent.



## ZUR GEFAHR DES RADIKALISMUS VON LINKS UND RECHTS

Kai Uwe von Hassel

Die Wahlen zum VI. Deutschen Bundestag sind mehr als je zuvor geprüft und gekennzeichnet von der Auseinandersetzung mit dem Radikalismus von rechts und von links. In der öffentlichen Diskussion über den jetzigen Wahlkampf fällt jedoch auf, daß die rechten Radikalen - sprich die NPD - äußerst genau beobachtet werden und in ihrem politischen Gehalt, in dem was sie als politische Gefahr darstellen, sehr viel öffentliche Aufmerksamkeit finden, während die Sekten auf der Linken allenfalls als Störungsfaktoren in Wahlversammlungen registriert werden.

Wenn ich mich dennoch nicht dem öffentlichen Interesse beuge und nicht allein dem rechten Radikalismus zugewende, so geschieht das einfach deshalb, weil beide Radikalismen in gleicher Weise gefährlich sind und in manchen Bereichen in Wechselwirkung miteinander stehen.

Wir leben - der modernen Industrie durchaus angemessen - in einer komplizierten arbeitsteiligen Gesellschaft, in der die Zukunft durchdacht werden muß. In dieser Gesellschaft erscheinen die Entscheidungsprozesse oft zu langwierig, kompliziert und von den Betroffenen kaum beeinflussbar, der Freiheitsraum des einzelnen oft etwas eng bemessen. Daß dieser Zustand von vielen Menschen kritisch betrachtet wird und ihnen reformbedürftig erscheint, ist durchaus noch verständlich. Bedenklich wird die Situation erst dadurch, daß einige dieser Menschen - und natürlich: wo hat man mehr Zeit zum Nachdenken als an der Universität - meinen, die schrankenlose Freiheit des einzelnen müsse erkämpft, die Ordnung, die dieser Form von Freiheit im Wege stehe, müsse beseitigt werden. Daß die - ich gebe zu: begrenzte - Freiheit aller eine Ordnung voraussetzt, daß die schrankenlose Freiheit einzelner die Unfreiheit der meisten mit sich bringt, dies einzusehen, hat unsere "moderne Linke" noch keine Zeit gehabt. Es ist auch zu befürchten, daß die meisten ihrer Anhänger auch in Zukunft nicht die Zeit finden werden, das Problem "Ordnung - Freiheit" gründlich zu durchdenken.

Bei ihrem öffentlichen Auftreten, wo sie scham- und rücksichtslos die Gewalt geradezu suchen, provozieren sie vorsätzlich harte Reaktionen der Polizei, Entgleisungen von Rednern sowie Zusammenstöße mit Andersdenkenden. Gelingt die Provokation, so haben sie Beweise, wie notwendig ihr Kampf um die "Freiheit" in diesem "Polizeistaat" ist. Dieser "selbstlose" Einsatz, in dem sie die eigene Person nicht schonen, dieser Kampf um einen wissenschaftlich garnierten Freiheitsbegriff, übt eine verführerische Wirkung auf manche ihrer Altersgenossen aus. Das Bekenntnis, nicht nur an dem Alten und Überkommenen etwas ändern zu wollen, sondern alles radikal umzustürzen - der gepredigte Glaube an eine Utopie macht sie zu einer Sekte, die jede faire Diskussion mit Andersgläubigen, die ja Irrgläubige sind, für überflüssig halten muß. Die Ablehnung der Argumentation verbunden mit dem Bekenntnis zur Gewalt aber macht diese Utopisten gefährlich.



Unsere Aufgabe ist es, den jungen Menschen, die anfällig für diese Verführung sind, klarzumachen, daß sie mißbraucht werden und in Wahrheit die gewaltsame Durchsetzung dieser abwegigen Vorstellungen von einer rand- und bandlosen Gesellschaft zu der Diktatur einer kleinen Minderheit führen würde.

Wir müssen aber auch denen, die fürchten, von links könne in der Tat unsere Ordnung aufgelöst werden, klarmachen, daß die Ordnung in Freiheit - und das ist unsere Ordnung - von den demokratischen Parteien garantiert wird und nicht von einer Partei, die die Ordnung vor die Freiheit setzt; man kann den Radikalismus von links nicht mir dem Radikalismus von rechts bekämpfen.

Zweifellos haben wir auf der Rechten in der NPD eine radikale Partei. Sie ist radikal sowohl in ihrem Verhältnis zur Macht und Gewalt als auch in ihren politischen Zielen und den antiquierten weltanschaulichen Grundlagen, denen sie sich verschrieben hat. Weil aber unsere Verfassung eine so unangefochtene Autorität darstellt, versucht die NPD mit allen Mitteln, ihren radikalen Kern zu verbergen, was ihr freilich nicht immer gelingt. Ihre politischen Aussagen werden daher immer unbestimmter und inhaltsloser. Sie umgibt sich mit dem Hauch der Vaterlandsliebe und verspricht Recht, Sicherheit und Ordnung. Bei genauerem Hinhören nimmt man einen maßlosen Nationalismus wahr, der sie daran hindert, die Notwendigkeit eines Ausgleichs, einer Zusammenarbeit und Gemeinschaft der Völker als Voraussetzung auch für das Wohl unseres eigenen Volkes zu begreifen.

Nach den schrecklichen Erfahrungen des Nationalsozialismus ist der Rechtsradikalismus in Deutschland diskreditiert. Was geschehen würde, wenn es einer solchen Partei in Deutschland gelänge, an die Macht zu kommen, läßt sich leicht ausmalen. Ihr reaktionärer, bornierter Nationalismus würde uns nicht nur in eine völlige außenpolitische Isolierung führen, sondern auch mit Sicherheit in die Kümmerexistenz eines Satelliten der kontinentalen Supermacht Sowjetunion mit katastrophalen Folgen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Das aber wäre das Ende allen Rechtes und aller Sicherheit in unserem Lande.

Ohne Zweifel lebt diese Partei heute zu einem Teil davon, daß sie das Gespenst des Radikalismus der anderen extremen Seite an die Wand malt und vorgibt, das geeignete Bollwerk gegen den Linksradikalismus zu sein. Daneben finden wir unter den Anhängern dieser Partei jene Nationalisten, die meinen, das Prestige Deutschlands in der Welt könne ruhig auch mit Härte gegenüber Schwächeren verbessert werden. Wir finden die ewig Unzufriedenen, die es in jedem Lande gibt, die Ängstlichen, die glauben, die Zukunft nicht meistern zu können, denn eine freie Gesellschaft verlangt vom einzelnen mehr an eigener Entscheidung, an Verantwortung als die total geordnete Gesellschaft. Und schließlich finden wir die Enttäuschten, die meinen, diese oder jene politische Partei habe ihre Interessen nicht genügend wahrgenommen. Das geht von Bauern, vom kleinen Mittelstand bis hin zu den Anwohnern eines Flugplatzes. Die NPD kann - da sie nicht in der Verantwortung steht und auch nicht stehen wird - alles versprechen. Wir haben oft genug nachgewiesen, daß allein finanziell das Programm der NPD völ-



lig unreal ist. Gerade die Enttäuschten und die Ängstlichen können und müssen wir davon überzeugen, daß die NPD ihnen nicht helfen wird, daß der richtige Adressat für ihre Sorgen die demokratischen Parteien sind. Ich habe immer wieder festgestellt, daß auch den widerstrebendsten Zuhörern mit einiger Geduld klargemacht werden kann, daß wir natürlich nicht alles auf einmal und nicht alles für eine Gruppe verwirklichen können, daß wir aber - wie die letzten zwanzig Jahre gezeigt haben - als Volkspartei bemüht sind, soweit als möglich allen Schichten unseres Volkes soziale Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Unsere Aufgabe ist es, immer wieder darauf hinzuweisen, daß berechnete Interessen und Wünsche unserer Bürger bei den demokratischen Parteien volle Unterstützung finden. Ich bin der festen Überzeugung, daß der Wähler um diesen Sachverhalt weiß und daher durch seine Entscheidung am Wahltag mitdazubeiträgt, daß der rechtsradikalen NPD der Weg in den VI. Deutschen Bundestag ver-sperrt bleibt.

## EVANGELISCHE BEWÄHRUNG IN DER DEMOKRATIE

Wilhelm Hahn

Wenn heute aus einem begreiflichen Nachholbedürfnis gegenüber einer allzu konservativen Haltung der Christen in der Vergangenheit sich die Tendenz in der evangelischen Christenheit bemerkbar macht, in einer Schwarz-Weiß-Malerei unseren Staat und unsere Gesellschaft zu kritisieren und sich jenen anzuschließen, die eine ideale Staats- und Gesellschaftsordnung zu bringen versprechen, möchte ich folgende Gegenthese aufstellen: unsere Aufgabe ist es, gegen den illusionären politischen Idealismus aufzutreten, der heute wieder viele in unserem Volk erfaßt; stattdessen müssen wir eine realistische Politik des politischen und gesellschaftlichen Fortschritts betreiben. Denn wenn wir Deutschen etwas aus unserer Geschichte in diesem Jahrhundert gelernt haben sollten, so doch folgendes: Das Nachjagen nach politischen Utopien, die einen un-wirklichen idealen Menschen voraussetzen oder zu schaffen ver-sprechen, ist ein Weg in die Hybris und somit letztlich ins po-litische und soziale Elend. Das ist nie der Weg des Friedens und auch nicht der Weg der Demokratie, in der viele Gruppen und An-schauungen in Duldung miteinander zu leben lernen müssen, son-dern der Weg in die Diktatur einer Minderheit, die mehr über uto-pische Ziele als über das richtige Bewußtsein verfügt.

Meine These gründet in nichts anderem als in der biblischen Sicht des Menschen und der Welt. Es dürfte manche Christen aufhorchen lassen, daß viele Sprecher, die sich als Propheten aufhorchen Zeitalters vorkommen, das Neue Testament als sehr veraltet empfinden und ihr Engagement mit einer scharfen Kritik der Rück-ständigkeit des Neuen Testaments verbinden. Zweifellos sind die politischen und sozialen Voraussetzungen des Neuen Testaments



nicht mehr die unsrigen. Aber die Sicht des Menschen und der Welt ist durch das zu allen Zeiten gültig bleibende Evangelium gegeben, und dieses zeigt uns sowohl den sündigen und der Vergebung bedürftigen Menschen als aber auch die Welt und ihre Gesellschaft in ihrem realistischen Sein.

Diese Feststellung bedeutet in keiner Weise, daß wir uns in reaktionärer Grundhaltung mit dem Bestehenden abfinden. Sie sollte im Gegenteil gerade in unserer Zeit uns dazu aufrufen, mit aller Kraft die großen Probleme unserer Zeit aufzugreifen und zu fördern. Es ist unmöglich, sie alle aufzuzählen, aber ich nenne als Beispiel die Hilfe der Industrienationen für die Dritte Welt zum Aufbau einer zeitgemäßen sozialen und leistungsfähigen demokratischen Gesellschaft oder die Schaffung eines voll ausgebauten und den Ansprüchen der Zukunft gerechten Bildungswesens im eigenen Lande.

Gerade diese Aufgaben rufen heute die Christen zum vollen Einsatz, denn sie stellen uns vor Probleme, deren Lösung weder einer Generation noch einzelnen von uns - und wären sie mit noch so großer Vollmacht ausgerüstet - gelingen kann. Das Wissen des evangelischen Christen um das ambivalente Wesen und das notwendig begrenzte Vermögen des Menschen auch im atomaren Zeitalter und um die in der gefallenen Schöpfung begründeten Bruchstückhaftigkeit jeder politischen Gestaltung und sozialen Ordnung wird uns vor der bitteren Enttäuschung bewahren, die heute junge Idealisten zum empörten Protest über die nach ihrer Meinung allzu unvollkommene Leistung der Vätergeneration treibt. Nicht Kritiklosigkeit darf einkehren, wohl aber die sachliche Beurteilung des dem Menschen Möglichen und die Barmherzigkeit, die den Stab nicht über den Anderen bricht, wenn das Ergebnis seines Wirkens zwar einige Stufen aufwärts darstellt, aber noch sehr weit von Utopie und Ideal entfernt bleibt.

Dies führt zur eigentlichen Bewährung des Christen in der Demokratie. Denn Demokratie kann nur gelebt werden in der Anerkennung des Anderen, und zwar nicht nur in seinem Anderssein, sondern auch in seiner Schwäche. Sie stellt Menschen heraus und ruft sie in die Verantwortung für das Ganze, von denen sie sehr wohl weiß, daß sie keine Idealmenschen im Sinne der geforderten Utopie sind, sondern normale Bürger. Und sie kann nur überleben, wenn sich die einzelnen Gruppen nicht in wilden Protesten die Maske ihrer allzu großen Menschlichkeit vom Gesicht reißen und sich gegenseitig ver-teufeln, sondern sich in Bejahung dieser Menschlichkeit zum gemeinsamen Handeln für das Ganze und insbesondere für die schwächsten Glieder der Gesellschaft zusammenfinden.

Evangelische Christen werden sich in dieser Stunde der Demokratie nur bewähren, wenn sie beim Erstarren der zentrifugalen Kräfte in unserer Gesellschaft ihren ganzen Einfluß für das Gemeinsame - nämlich für die uns gestellten großen Aufgaben - einsetzen; nur so läßt sich eine aktive evangelische Bewährung für unseren Staat erreichen, an dessen Aufbau evangelische Politiker entscheidenden Anteil hatten.



## UNSERE VERANTWORTUNG FÜR DIE ÄLTERE GENERATION

Friedrich Vogel

"Die Achtung, die dem Alter zuteil wird, kennzeichnet die Reife eines Volkes und die Würde seiner Kultur." Dieser Satz steht in dem "Altenplan", den die CDU in Ausführung ihres "Berliner Programms" der deutschen Öffentlichkeit vorgelegt hat.

Der junge Mensch erfreut sich in diesem "Jahrhundert des Kindes" schon lange der aufmerksamen Fürsorglichkeit nicht nur der Politiker aller Richtungen, sondern auch der unterschiedlichsten Kräfte und Institutionen unserer Gesellschaft. Der alte Mensch hat bislang nicht die ihm zukommende Aufmerksamkeit gefunden. Mit dem "Altenplan" haben wir deutlich die Verpflichtung der Politik gegenüber unseren alten Mitbürgern angesprochen und konkrete Vorschläge für eine umfassende Altenpolitik gemacht.

Bis zum Jahre 1975 wird in Deutschland der Anteil der über 65 Jahre alten Menschen an der Gesamtbevölkerung bei etwa 14,5 % liegen. Die zunehmende Lebenserwartung einerseits und der Rückgang der Geburtenziffern andererseits haben dann seit Beginn dieses Jahrhunderts diesen Anteil um das Dreifache anwachsen lassen. Damit werden die Probleme der alternden und alten Menschen immer dringlicher in das Blickfeld der Politik gerückt. Die körperlichen, seelischen und sozialen Auswirkungen, die das Altwerden in unserer industriellen Massengesellschaft mit sich bringt, sind noch weithin unerforscht. Ihre Kenntnis ist aber unverzichtbare Voraussetzung für eine den alten Menschen wirklich helfende Politik. Deshalb bedürfen die Gerontologie<sup>1)</sup>, die Geronto-Psychologie und die Geriatrie<sup>2)</sup> einer schwerpunktmäßigen Förderung im Rahmen unserer Forschungs- und Wissenschaftspolitik. Die Mittel hierfür müssen mit der gleichen Selbstverständlichkeit bereitgestellt werden wie die Mittel für Forschungsvorhaben, die dem technologischen Fortschritt dienen.

Die alten Menschen leiden in unserem Lande keine materielle Not mehr. Ihre materielle Existenz ist durch die Politik der Unionsparteien in der Vergangenheit weitgehend sichergestellt worden. Die gegen die Sozialdemokraten durchgesetzte Rentenreform des Jahres 1957 war eine der bedeutendsten sozialen Großtaten der deutschen Geschichte. Sie sichert auch im Alter ein Einkommen, das mit der wirtschaftlichen Entwicklung Schritt hält und den aus dem Erwerbsleben bereits Ausgeschiedenen am wachsenden Wohlstand teilhaben läßt. Wir werden uns dafür einsetzen, daß alle Gruppen der Bevölkerung, auch die Selbständigen, eine ausreichende Alterssicherung erhalten. Das Sozialhilfegesetz hat eine sinnvolle Ergänzung unseres Systems der materiellen Alterssicherung gebracht.

Es bleibt noch viel für die alten Menschen zu tun. Im Wohnungsbau müssen mehr als bisher auch die Wohnbedürfnisse der älteren Men-

1) Gerontologie = Lehre von den Altersvorgängen

2) Geriatrie = Zweig der Medizin, der sich mit den Krankheiten des alternden und alten Menschen beschäftigt



schen berücksichtigt werden. Ihrem Wunsch nach Selbständigkeit ist durch einen verstärkten Bau von Altenwohnungen und Altenwohnheimen Rechnung zu tragen. Altenwohnheime, Altenheime und Pflegeheime sind in räumlicher Nähe zueinander zu errichten, so daß beim Übergang von einer Heimform zur anderen die vertraute Einrichtung und Umgebung nicht gewechselt wird. Dabei muß sichergestellt werden, daß die alten Menschen mit der übrigen Bevölkerung in Kontakt bleiben und daß Geschäfte, Ärzte, Kirchen und Grünanlagen für sie bequem erreichbar sind. Das Halten einer eigenen Wohnung kann durch den Einsatz von Familien- und Altenpflegerinnen und durch die Versorgung mit warmen Mahlzeiten, z.B. durch eine Aktion "Mahlzeiten auf Rädern", erleichtert werden.

Mindestens so wichtig wie die Sicherung der materiellen Lebensbedürfnisse ist für die alten Menschen, daß sie sich in unserer Gesellschaft seelisch geborgen fühlen. In den Vordergrund der Bemühungen, ihnen zu helfen, rücken mehr und mehr die Beschaffung eines sinnvollen Aufgabenkreises und die Vermittlung sozialer Kontakte mit der Möglichkeit, sich auszusprechen. Das Gefühl, nicht mehr nützlich und überflüssig zu sein, ist für den alten Menschen, der aus dem Berufsleben ausgeschieden und aus dem normalen Leistungsprozess herausgenommen ist, bedrückend. Wünschenswert sind die Gewährleistung von Lebenskontinuität und ein gleitender Übergang in eine nachberufliche Lebenszeit. Daher ist die Einführung einer flexiblen Altersgrenze zwischen dem 60. und 70. Lebensjahr anzustreben.

Es ist nicht damit getan, den Alten eine "Freizeitbeschäftigung" zu vermitteln. Sie wollen auch dann, wenn sie aus dem aktiven Berufsleben ausgeschieden sind, nicht zum Gegenstand einer bloßen Beschäftigungstherapie degradiert werden, sondern eine ihnen sinnvoll erscheinende Arbeit ausführen. Nicht jeder hat intellektuelle Ambitionen, die ihn voll und ganz ausfüllen. Darum müssen, vor allem in den Städten, altersspezifische Arbeitsplätze geschaffen, Altenwerkstätten errichtet und Möglichkeiten für Teilzeitarbeit erschlossen werden. Arbeits- und versicherungsrechtlich muß den alten Menschen eine weitere berufliche Tätigkeit erleichtert werden.

Aufgabe unserer Politik wird es in besonderer Weise sein, daß wir uns darum bemühen, den alten Menschen die Teilnahme am kulturellen und gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Hier ergeben sich vor allem für die Kommunalpolitik Aufgaben, die von Theater-, Konzert- und Museumsbesuchen, der Organisierung von Ausflugsfahrten ins Grüne und der Förderung der Bildung von Altenclubs bis hin zur Gewährung von "Altentarifen" für die Benutzung städtischer Verkehrsmittel reichen. Um die Aufrechterhaltung direkter menschlicher Kontakte zu erleichtern, tritt die CDU in ihrem "Altenplan" dafür ein, daß alleinstehende und bedürftige ältere Menschen zu tragbaren Bedingungen einen Telefonanschluß erhalten.

Es kann nicht die Aufgabe dieses Beitrages sein, alle Seiten einer umfassenden Altenpolitik bis in die Einzelheiten hinein zu behandeln. Die konkreten Ziele christlich-demokratischer Politik für die alten Menschen sind im "Altenplan" niedergelegt. Aufzuzeigen war, daß und warum christlich-demokratische Politik auf dem Weg in die 70er Jahre an den besonderen Sorgen und Problemen der alten Menschen in unserem Volke nicht vorübergehen kann. Altenpolitik ist moderne Politik.



## CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE VERANTWORTUNG FÜR GESELLSCHAFT UND

### WIRTSCHAFT DER 70ER JAHRE

Gerhard Stoltenberg

Deutschlands wirtschaftliche und soziale Struktur, der Ausbildungsstand unserer Bürger und die steigenden Leistungen für Bildung, Forschung und Entwicklung eröffnen uns die Chance für weiteres wirtschaftliches Wachstum und sozialen Fortschritt. Dies ist allerdings kein Naturgesetz, sondern an bestimmte Voraussetzungen gebunden. Dazu gehört eine vorausschauende Politik ebenso wie die Bereitschaft, den Investitionen für unsere Zukunftssicherung Vorrang einzuräumen aber auch ein ungeminderter Leistungswille aller Berufstätigen. Größere Investitionen für die Zukunftssicherung sind gleichzeitig Voraussetzung für die Reform der Strukturen unseres Bildungswesens, der Wirtschaft und Gesellschaft.

Man kann nicht alles zugleich haben und sich in widerspruchsvollen und verworrenen Forderungen überbieten. Zur gleichen Zeit, in der die politische und geistige Linke in Deutschland die angebliche Immobilität unserer Gesellschaft und die Verschleppung mancher Reformen beklagt, fordern führende linke Politiker die sogenannten Null-Tarife, also die kostenlose Beförderung im Nahverkehr. Es kümmert sie wenig, daß auf diese Weise die öffentlichen Haushalte mit einem Schlag mit mehreren Millionen DM jährlich belastet werden, die für Schulen, Krankenhäuser, Universitäten und Straßen, also die konkrete Modernisierung unseres Landes, fehlen würden.

Modernisierung, Reformen, Veränderungen der Strukturen - diese großen Ziele sind nicht durch Zerstörung des Vorhandenen erreichbar. Das hat die Entwicklung der hochschulpolitischen Auseinandersetzung der letzten drei Jahre klargemacht. Es ist deutlich geworden, wie sehr Fanatismus und Gewalttätigkeit reformhemmend wirken, wie sie die Antagonismen verschärfen und so jede Verständigung, jeden Fortschritt erschweren. Mit marxistischen Formeln des 19. Jahrhunderts wie proletarische Revolution, Klassenkampf, Klassenjustiz und Herrschaft des Monopolkapitals, ist die soziale und politische Wirklichkeit Deutschlands von heute nicht mehr zu erfassen. Daraus ist nicht so sehr Karl Marx ein Vorwurf zu machen, dessen scharfsinnige Analysen auch für seine eigene Zeit nur teilweise zutreffend waren, wohl aber jenen, die ernsthaft meinen, man könne die Probleme des ausgehenden 20. Jahrhunderts mit der Vorstellungswelt des 19. Jahrhunderts - angereichert durch etwas Psychoanalyse - erfassen und lösen.

Im Gegensatz zu den radikalen Parolen der Linken gibt es keinen Grund dafür, die Fundamente unserer wirtschaftlichen und sozialen Ordnung und unsere außenpolitische Orientierung infragezustellen.



Mit der sozialen Marktwirtschaft sind wir in die Spitzengruppe der wirtschaftlich und sozial führenden Länder aufgerückt. Das zeigt sich in den volkswirtschaftlichen Leistungen unseres Landes ebenso wie im Lebensstandard unserer Bürger und vor allem in ihrer sozialen Sicherung. Ein Teil der Sozialdemokratie ist nach der Ablehnung dieses Konzepts seit dem Godesberger Parteitag auf seine weitgehende Bejahung eingeschwenkt. Auf dem linken Flügel der SPD begegnen wir allerdings weiterhin Vorurteilen und Feindschaften gegenüber dem auf Privateigentum an Produktionsmitteln und Wettbewerb beruhenden Wirtschaftssystem der Bundesrepublik. Diese Stimmung wird durch die antikapitalistischen Strömungen der sogenannten neuen Linken sichtbar verstärkt.

Moderne Sozialpolitik ist freilich nicht nur Rentenpolitik, auch wenn die regelmäßige Erhöhung der Renten für Invaliden und Kriegsoffer zu den vornehmsten Aufgaben der Zukunft gehört. Unsere Sozialpolitik wird noch stärker als bisher durch die Ziele der besseren Ausbildung und Fortbildung, also der Vorbereitung des Menschen auf veränderte berufliche und gesellschaftliche Strukturen, und durch breitere Vermögensbildung bestimmt sein müssen.

Wir begegnen seit kurzem lebhaften Klagen über die zu einseitige Vermögensverteilung in der Bundesrepublik als Argument für die angebliche Ungerechtigkeit des sogenannten kapitalistischen Systems. Sie dienen vor allem als Vorwurf gegen die Politik der CDU/CSU. Das ist für jeden, der die Vermögensdiskussionen der letzten fünfzehn Jahre verfolgt hat, ein recht eigentümlicher Vorgang. Denn lange Zeit hindurch hat die CDU/CSU mit ihrer Politik der verstärkten Bildung individuellen Eigentums und Vermögens in Arbeitnehmerhand fast nur Ablehnung und Kritik geerntet, bei vielen Unternehmern, aber auch bei der Mehrzahl der Gewerkschaftler und der SPD-Opposition. Die gleichen linksorientierten Publizisten, die heute herbe Kritik an der Vermögensverteilung üben, schrieben noch vor zehn und fünf Jahren herablassend von den "Eigentumsbasteleien" der Unions-Parteien, an denen die Arbeiter kein Interesse hätten.

Die SPD und die Gewerkschaften forderten Sozialisierung oder doch gesellschaftliche Kontrollen der Unternehmen. Erst 1964/1965 änderten einige moderne Gewerkschaftsführer wie Georg Leber ihre Haltung und begannen, diese Politik durch eigene konstruktive Aktionen zu unterstützen. Aber noch in diesem Sommer hat der mächtigste sozialdemokratische Gewerkschaftsführer, Otto Brenner, bei den Tarifverhandlungen für Millionen Metallarbeiter ausdrücklich alle Vorschläge für eine Eigentumbildung der Arbeitnehmer abgelehnt. Diese Haltung ist folgerichtig. Denn wer wie Otto Brenner und der linke Flügel der SPD weiterhin Sozialisierung, das heißt Enteignung will, kann nicht für die Bildung persönlichen Eigentums an Produktionsmitteln in Arbeitnehmerhand sein. Dieses Beispiel macht die tiefe innere Zerrissenheit der Sozialdemokratie in entscheidenden gesellschaftspolitischen Fragen deutlich. Es genügt nicht, gegen bestehende Verhältnisse zu polemisieren, wenn über die angestrebte Reform innerhalb dieser Partei kein Einvernehmen zu erzielen ist.



Was trotz dieser Widerstände in über zehn Jahren geschaffen wurde, bleibt als Anfangserfolg beachtlich: Privatisierung von Bundesvermögen, Millionen Eigenheime als Eigentum in Arbeitnehmerhand, das 312-DM-Gesetz und anderes mehr. Es reicht für die Zukunft nicht aus. Wir werden als CDU auf diesem Gebiet deshalb für weitere, umfassendere Lösungen sorgen müssen. Dazu gehört unter anderem die Einführung des sogenannten Investivlohnes auf tarifvertraglicher oder gesetzlicher Grundlage.

Eine breitere Beteiligung aller Schichten unseres Volkes am industriellen Eigentum mit seinen Chancen und Risiken wird die soziale Integration, den inneren Ausgleich entscheidend fördern. Diese Konzeption ist eine überzeugende praktikable Antwort auf alle alten und neuen sozialistischen Vorstellungen mit Wirtschaftskontrolle, Ausdehnung der Staatsmacht und Bürokratisierung, deren Gefahren nur zu deutlich sind. Auch in den Diskussionen über Mitbestimmung und Reform der Betriebsverfassung muß die Gefahr neuer Machtzusammenballung gesehen werden. Ein Ausbau der Arbeitnehmerrechte wird von uns bejaht. Wir lehnen als Partei aber einmütig die paritätische Mitbestimmung im Sinne des DGB ab. Echte Mitbestimmung bedeutet, daß die Belange der Arbeiter und Angestellten von aus ihrer Mitte gewählten Vertretern im Betrieb vertreten werden. Die Praxis stattdessen betriebsfremde Vertreter in die Unternehmensorgane zu entsenden, zum Teil Personen, die nie im gleichen Wirtschaftszweig tätig waren, entspricht nicht dem wirklichen Begriff von Mitbestimmung oder demokratischer Willensbildung von unten.

Es trifft nicht zu, daß Wirtschaft und Technik in einer modernen Welt auf allen Gebieten zur Konzentration zwingen und daß damit das Ende der mittelständischen Unternehmen gekommen ist. Es gibt in einzelnen Sektoren technische und wirtschaftliche Aufgaben, die große Unternehmenseinheiten erfordern, wie zum Beispiel in der Automobil-Industrie, im Reaktorbau, der Luft- und Raumfahrtindustrie und teilweise auch in der Elektroindustrie. Neue Untersuchungen zeigen, daß der wissenschaftliche und technische Fortschritt auch und gerade für die Mittel- und Kleinbetriebe neue große Entwicklungschancen mit sich bringt. Ein Beispiel dafür aus der Vergangenheit ist der Kraftfahrzeugbau. Hier hat der technische Fortschritt nicht nur zu großen Produktionseinheiten, sondern auch zu Zehntausenden leistungsfähiger Spezialbetriebe geführt. Um ähnliche Chancen auf anderen Gebieten moderner technologischer Entwicklung zu eröffnen, sind geeignete gesetzgeberische und administratorische Maßnahmen erforderlich.

In den vergangenen Jahren hat die CDU/CSU gegen manche Widerstände eine Verfassungsänderung durchgesetzt, die einen schrittweisen Abbau der Gewerbesteuer zum Ziel hat und damit in Deutschland und in der EWG Wettbewerbsnachteile für die Klein- und Mittelbetriebe vermindert. Die CDU/CSU wird auch im neuen Bundestag weitere, zweckgerechte Lösungen finden, um so eine Politik fortzuführen, die von der Verantwortung für die Zukunft unseres Volkes getragen ist und die den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen der 70er Jahre gerecht wird.



## TECHNISCHE KOMMUNIKATION FÜR DIE GEMEINSCHAFT DER VÖLKER

Werner Dollinger

Die außenpolitischen Ziele einer Politik aus christlicher Verantwortung heißen Entspannung, Versöhnung und Frieden unter den Völkern dieser Erde. Diese Ziele können u.a. nur erreicht werden, wenn sich die Völker näher kennenlernen, wenn Klischeevorstellungen und Ressentiments abgebaut werden und wenn ein reger Gedankenaustausch stattfindet. Wir dürfen dabei nicht verkennen, daß dem Kennenlernen der Völker in der Vergangenheit viele Grenzen gesetzt waren. Nicht nur die Grenze der verschiedenen Sprachen, sondern auch geographische und besonders politische und währungs-politische Grenzen, die oftmals sehr willkürlich gezogen und häufig mehrmals im Laufe der Geschichte in die eine oder andere Richtung verschoben wurden, waren hier Hemmnisse.

Die ungeheure technische Entwicklung in den vergangenen 50 Jahren hat die Erde umgestaltet. Moderne Verkehrsmittel lassen Kontinente zusammenrücken. Menschen lernen andere Länder und andere Völker kennen. Dieser Anschauungsunterricht hat oft große Wirkungen. Hinzu kommt, daß moderne Kommunikationsmittel - Ferngespräche, Telegramme, Rundfunk, Fernsehen - rasche Verbindungen und Miterleben ermöglichen. Auch für die Politik sind diese Mittel von großer Bedeutung. So fallen der Deutschen Bundespost heute Aufgaben zu, die eng mit der Politik verknüpft sind.

Die nationalen und internationalen Wirtschaftsbeziehungen kommen ohne die ständige Kommunikation - ohne ständigen ungehinderten Nachrichtenaustausch - nicht mehr aus. Nachrichten müssen jederzeit in kürzester Frist jeden beliebigen Ort der Erde erreichen können. Die moderne Volkswirtschaft ist auf ein Post- und Fernmeldewesen angewiesen, das für die technischen und organisatorischen Voraussetzungen zur schnellen Nachrichtenübermittlung sorgt - und zwar über jede Entfernung hinweg. Das Netz aus Telegrafien- und Fernsprechleitungen sowie aus den unsichtbaren Kanälen des Richtfunks wird gern als Nervensystem der Wirtschaft bezeichnet, in dem ein ständiger Informationsfluß für vielfältige Kommunikation sorgt. Von der Zuverlässigkeit dieses Nervensystems hängt die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Menschheit in Zukunft stark ab.

Wirtschaftliche und politische Entscheidungen sind ohne aktuelle Informationen nicht möglich. Das Fernmeldewesen sorgt für deren Übermittlung. Es ist Aufgabe der Deutschen Bundespost und der Post- und Fernmeldeverwaltungen in aller Welt, die Einrichtungen für die Telegrafie und das Fernsprechwesen immer weiter auszubauen und jeweils dem modernsten technischen Stand anzupassen. Dabei genügt es nicht, nur an das nationale Netz zu denken. Jede Fernmeldeverwaltung muß darauf bedacht sein, daß auch die Einrichtungen der anderen Länder angepaßt und ausgebaut werden. Die Deut-



sche Bundespost hat sich deshalb schon seit langer Zeit aktiv für eine wirksame Entwicklungshilfe eingesetzt. Ihre Fachleute arbeiten in vielen Ländern. Sie bauen Fernmeldenetze auf und bilden Nachwuchskräfte aus. Alle Voraussetzungen für die Selbstwahl nach anderen Ländern im nationalen Netz nützen nichts, wenn sie nicht auch dort vorhanden sind.

Wir haben in Europa - wenigstens im westlichen Teil - die Landesfernwahl bereits nach vielen Ländern eingeführt. Es ist unser Ziel, die vorhandenen Lücken schon in nächster Zeit zu schließen. Bereits im Jahr 1970 wird die erste Fernwahl von Kontinent zu Kontinent möglich sein. Das ist nicht zuletzt durch die Entwicklung der Fernmeldesatelliten möglich geworden. Die Satellitenleitungen werden schon in naher Zukunft noch größere Bedeutung als bisher erlangen. Zur Zeit stehen uns für den Nachrichtenaustausch nach Übersee 41 Satellitenleitungen nach den USA, Kanada, Brasilien, Chile und Peru zur Verfügung. Nach 16 weiteren überseeischen Ländern - insbesondere nach Asien - ist der Einsatz unmittelbarer Satellitenleitungen geplant. Es wird in den 70er Jahren möglich sein, vom fahrenden Auto aus alle Fernsprechteilnehmer in der Bundesrepublik selbst anzuwählen und die Zeit ist nicht mehr fern, daß ein Teilnehmer von der Autobahn Frankfurt - München aus einen Teilnehmer auf dem Highway in Los Angeles selbst anwählen kann.

Bei der Betrachtung der technischen Möglichkeiten der Kommunikation im Fernmeldewesen wird mir immer schmerzlich bewußt, daß in unserem eigenen Vaterland noch viel zu tun ist. Wir können Selbstwählferngespräche nach London, nach Paris und nach Stockholm führen. Wir stellen in wenigen Sekunden Gespräche sogar nach den USA halbautomatisch her. Für ein Ferngespräch von Hof nach Plauen oder von Bebra nach Gerstungen gibt es jedoch Wartezeiten bis zu 18 Stunden und an Feiertagen noch mehr. Ich habe in mehreren Briefen an den Ostberliner Postminister Verhandlungen über eine Verbesserung der Verhältnisse im Post- und Fernmeldewesen vorgeschlagen. Ich habe auch Verhandlungen über einen Kostenausgleich im innerdeutschen Verkehr angeboten. Ich habe sogar 100 Fernsprechleitungen genau bezeichnet, die in der Erde liegen und nur geschaltet werden müßten. Mit allen Mitteln wollte ich erreichen, daß die 34 Fernsprechleitungen nach Mitteldeutschland vermehrt werden, weil sie völlig unzureichend sind. Den Machthabern in Ostberlin liegt aber offenbar bis heute leider nichts an einer Verbesserung der Kommunikationsmöglichkeiten. So sind uns bei all den unbegrenzten technischen Möglichkeiten doch Grenzen gesetzt, die wir nicht überschreiten können.

Trotz aller Hindernisse für die Kommunikation und trotz aller willkürlicher Grenzen haben wir aber Stimmen, die auch unsere Landsleute in Mitteldeutschland erreichen: Rundfunk und Fernsehen. Wir müssen deshalb die Kommunikation über diese Medien besonders fördern. Neben der Schaffung der technischen Voraussetzungen geht es hier vor allem auch darum, daß eine objektive Berichterstattung durch Rundfunk und Fernsehen der Bundesrepublik sichergestellt werden. Subjektive Berichterstattung, einseitige Kommentare und Verwischung von Meldung und Kommentar sind nicht gut, verzerren und können zu



falschen Beurteilungen führen, nicht zuletzt auch in Mitteldeutschland und im Ausland. Das sollten sich alle überlegen, die für Massenmedien verantwortlich und tätig sind.

Die Deutsche Bundespost errichtet und betreibt die Sendeanlagen für den Deutschlandfunk und die Deutsche Welle. Sie trägt damit wesentlich dazu bei, die Stimme der Bundesrepublik in aller Welt hörbar zu machen. Sie baut Brücken im Äther, die der Nachrichtenübermittlung dienen und die Gemeinschaft aller Völker fördern sollen. Zur Zeit ist für die Deutsche Welle eine neue Kurzwellen-Großsendeanlage mit Richtstrahlern nach allen Kontinenten im Entstehen. Die Empfangsverhältnisse für die Sendungen der Deutschen Welle können damit in vielen überseeischen Ländern wesentlich verbessert werden. Leider ist die Situation beim Deutschlandfunk nicht gleich günstig. Die Frequenznot im Mittel- und Langwellenbereich hat uns noch keine optimale Lösung ermöglicht. Wir müssen aber gerade dem Deutschlandfunk in ganz Deutschland Gehör verschaffen. Ich hoffe, daß durch eine Neuordnung der uns zur Verfügung stehenden Frequenzen auch hier in absehbarer Zeit eine Lösung gefunden wird.

Die von der Technik geschaffene Weltordnung im Äther eilt der politischen Ordnung weit voraus. Mit Fernmeldesatelliten können wir jeden Winkel der Erde an das Weltnachrichtennetz anschließen. An allen wichtigen Ereignissen nehmen die Bewohner unserer Erde unmittelbar am Bildschirm teil. Wir stehen alle noch unter dem Eindruck der Fernsehübertragungen von der Mondlandung der beiden amerikanischen Astronauten Armstrong und Aldrin. Jeder Mensch wird durch die modernen Kommunikationsmittel in eine weltweite Gemeinschaft einbezogen. Die Nachrichtentechnik unserer Zeit kann so viel Information, Bildung und Freude bringen. Wollen wir uns bemühen, die weltweite Kommunikation einzusetzen für Fortschritt und Verständigung der Menschen und Völker untereinander.

#### KURZ NOTIERT:

Bundespostminister Dr. Werner Dollinger, Mitglied der Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, hat Landesbischof D. Hermann Dietzfelbinger, dem Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), in München einen Informationsbesuch abgestattet. In dem mehrstündigen Gespräch wurden u.a. kirchliche Fragen und die gegenwärtige gesellschaftliche Situation in der Bundesrepublik besprochen.

#### IN EIGENER SACHE:

In den vergangenen Tagen gingen uns aus unserem Leserkreis eine Fülle von Spenden zu. Wir danken auch an dieser Stelle recht herzlich für die Unterstützung unserer Arbeit und geben auf Wunsch nochmals unsere Kontennummern bekannt:

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU, Bonn  
Städtische Sparkasse Bonn Kto-Nr. 56 267  
Postscheckamt Köln Kto-Nr. 112100



## UNSERE AUTOREN

Werner Dollinger, 51, Studium der Wirtschafts- und Staatswissenschaften in Nürnberg, Frankfurt (Main) und München; 1940 Diplomkaufmann; 1942 Promotion zum Dr. rer. pol. Gründungsmitglied der CSU. Seit 1951 Mitglied des Landesausschusses der CSU. Mitglied des Bundestages seit 1953. Fraktionsvorstandsmitglied der CDU/CSU. 1962 ins Bundeskabinett berufen zum Bundesschatzminister. Seit 1967 Bundespostminister. Bundesvorstandsmitglied des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU.

Wilhelm Hahn, 60, Studium der evangelischen Theologie in Tübingen, Göttingen, Bonn und Münster. 1937 Dr. theol. an der Universität Tübingen. Pfarrer und Superintendent in Minden/Westf. Seit 1950 ordentlicher Professor der praktischen Theologie an der Universität Heidelberg; 1958-1960 Rektor der Universität. Seit 1965 Kultusminister des Landes Baden-Württemberg. Stellvertretender Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU.

Kai Uwe von Hassel, 56, nach dem Abitur kaufmännische Ausbildung. Von 1935-1939 beruflich in Ostafrika tätig. 1940 Ausweisung nach Deutschland. 1950 Wahl zum Abgeordneten in den Schleswig-Holsteinischen Landtag. 1954 Wahl zum Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein. 1963 Berufung zum Bundesminister der Verteidigung und Ende 1966 zum Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Am 5. 2. 1969 Wahl zum Präsidenten des Deutschen Bundestages. Mitglied des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU auf Bundesebene.

Gerhard Schröder, 59, Studium der Rechte an den Universitäten Königsberg, Edingburgh, Berlin und Bonn. 1938 Mitglied der Bekennenden Kirche. Kriegsteilnehmer (1939-1945). Seit 1947 Rechtsanwalt in Düsseldorf. Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1949 für den Wahlkreis Düsseldorf-Mettmann II. Dezember 1955 Wahl zum Bundesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU. Von 1953 an Mitglied der Bundesregierung. Seit Dezember 1966 Bundesminister der Verteidigung.

Gerhard Stoltenberg, 41, Studium der Geschichte, Sozialwissenschaften und Philosophie in Kiel. 1954 Promotion und anschließend wissenschaftlicher Assistent. 1960 Habilitation für Neuere Geschichte. 1954-1957 Mitglied des Landtages von Schleswig-Holstein. 1957 Wahl in den Bundestag, seit November 1965 Bundesminister für wissenschaftliche Forschung. Stellvertretender Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU.

Friedrich Vogel, 40, seit 1953 Mitglied der CDU. Nach dem juristischen Studium Eintritt in den Staatsdienst - zuletzt Landgerichtsrat. 1966 Justizminister in der nordrhein-westfälischen Landesregierung. Heute Mitglied des Landespräsidiums der CDU NRW sowie Vorstandsmitglied des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU auf Bundesebene. Kandidat der CDU für den 6. Deutschen Bundestag im Wahlkreis Ennepe-Ruhr.

---

Redaktionsgemeinschaft: Eberhard Amelung, Peter Egen, Eberhard Stammler  
Verantwortlich für den Inhalt: Peter Egen  
Anschrift: Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU  
53 Bonn/Rh., Am Hof 28, Ruf: 02221-57001

Abdruck kostenlos gestattet - Belegexemplare erbeten